

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nr. 20 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Poststelle Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.

Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Rebenblätter: Landtag-Beilage, Synodal-Beilage, Belegungslisten der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelehrten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Nr. 214

Mittwoch, 14. September

1921

Bom Landtage.

Dresden, 13. September. Am 20. September tritt der Sonderausschuss, der sich mit den Vorlagen 50, 52, 62 zu befassen hat, erneut zusammen. Von dem Fortschritt der Arbeiten wird es abhängen, ob die Vollversammlung des sächsischen Landtages bereits Ende dieses Monats ihre Arbeiten wieder aufnimmt.

Teilweise Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft.

Berlin, 12. September. Nach den Abendnatiaten hat im Kohlentauschuss des Reichswirtschaftsrates der Reichskohlenkommissar erklärt, daß die Zwangswirtschaftung für Braunkohlen, Rohbraunkohlen, Steinkohlen, Zechenkohlen und Gasfoss am 1. Oktober d. J. außer Wirksamkeit treten sollte. Der Kohlentauschuss stimmte dieser Regelung zu.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Erfurt, 12. September. Nach dem Wahlergebnis für den Thüringer Landtag wurden im Wahlkreis Gotha einstelliglich Stadt an Stimmen gegeben: Kommunisten 14 435, Unabhängige 4426, Sozialdemokraten 2807, Demokraten 2155, Zentrum 263, Deutsche Volkspartei 11 910, Deutschnationale 4610, Landbund 7529; etwas 30 Ortschaften stehen noch. Wahlkreis Schwarzbach-Aubelsdorf: Kommunisten 4861, Unabhängige 21 056, Sozialdemokraten 13 405, Demokraten 1136, Zentrum 124, Deutsche Volksp. 5650, Deutschnationale Sp. 3634, Landbund 6222 Stimmen. Es stehen noch 29 kleine Ortschaften.

Entlassung v. Hirschfelds aus der Haft.

Berlin, 12. September. Das Landgericht Eisenburg hat den vom Amtsgericht Oberlisch gegen Ludwig v. Hirschfeld erlassenen Haftbefehl aufgehoben. Nach den Gründen des Gerichtsbeschlusses können die Tatfälle des früheren Anklägers des Beschuldigten, die Nähe Galmbachs beim Tauricht und bei den Orlas, wo der Erordene vom 1. Juli an sich aufgehalten hatte, sowie schließlich der Besuch zweier Herren, deren Käfiges der Erscheinung des Täters ähnlich ist, am 21. v. M. in Galmbach den Tatverdacht nicht lösigen. Zur längeren Abwesenheit des Beschuldigten von Galmbach während seines dortigen Aufenthalts haben die Ermittlungen keinen genügenden Anhalt ergeben.

Das wahre Gesicht von Speyer.

Frankfurt a. M., 13. September. Die "Frankfurter Zeitung" bringt heute von vertrauenswürdiger Seite ein ausführliches Tatfachmaterial, das hell in die Speyerer Vorfälle hineinweist. Sie schreibt u. a.: Am Abend des 7. September hatte der Demonstrationsführer einem Genossen in öffentlicher Ansprache mitgeteilt, daß große Dinge am Werke seien, und daß hierbei die Arbeiter von niemandem, auch nicht von ihren bewohnten Führern bestimmt annehmen dürften, sondern einzig und allein dem Volksaufstand zu folgen hätten. Wir werden, sagt er fort, den anderen — ihr wißt, wen ich meine — nicht blindlings folgen, sondern wir vereinbaren, was sie uns bieten. Ihr dürft aber sicher sein, daß eure Interessen gut gewahrt sind. Im Namen des französischen Stadtkommandanten spreche ich euch seine volle Anerkennung für eure mutigste Haltung aus. Und nun wollen wir ruhig auseinandergehen, um nicht die Gunst der Beobachter zu verlieren. Als der Bildersturm am 31. August eingesiepi, standen die photographischen Apparate der französischen Offiziere und ihrer Damen schon längst bereit. Als die Führer der Demonstranten verhaftet wurden, sollen sie gedroht haben, wenn einem von uns was passiert, lässe der Regierungspräsident seine Koffer packen und über den Rhein gehen. Nach dem Strom auf das Rathaus spendeten die Franzosen leckere Kuchen und Torten, Wein und Bier, wie einer der Führer aus der Haft zuzuhören, sich das Auto im Triumphzug durch die Straßen und brachte ihn in das französische Stadtbgebäude. Ein Demonstrant zu diesen Latschen erwiderte sich mit: Ich

Bayern und das Reich.

Rücktritt der bayerischen Regierung.

München, 12. September. Die Korrespondenz Hofmann meldet: Das Schamministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Schamministerium zurückgetreten. Nach § 46 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Berlin, 12. September. Wie von zuhörenden Seiten mitgeteilt wird, verhandelt nach dem Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten v. Rabe das Kabinett weiter. Die Reichsregierung ist zwar vor eine neue Voge gestellt, aber noch wie vor zu einer Verständigung bereit.

München, 12. September. Zum Rücktritt des Ministeriums Rabe schreibt die "Bayrische Staatszeitung": Das Vertrauen, mit dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Rabe steht, ist durch den Verlauf, den die Verhandlungen über die Beseitigung des Ausnahmestandes genommen haben, nicht im mindesten erschüttert worden. Als Regierung der Verhügung, Ordnung, Wiederaufrichtung der Staatsautorität und des Wiederaufbaues hat das Ministerium Rabe sich derart verdient, daß sein Entschluß, so folgerichtig und unvermeidlich er nun einmal durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten war, ebenso bedauert werden muß, wie der Entschluß des Ministerpräsidenten selbst. Das Weitere steht nun beim Landtage, über dessen Einberufung bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

Entschließungen der Völkerbundssversammlung.

Genf, 12. September. Der südafrikanische Delegierte Murray brachte in der heutigen Völkerbundssversammlung zwei Entschließungen ein. Die erste bezieht sich auf den Schutz der Minderheiten und wird von dem österreichischen Delegierten Grafen Mendelsohn unterstellt. Auch der Kongress der Völkerbundvereine habe ihr beigestimmt. Um die Erfüllung der Pflichten des Völkerbundes zu gewährleisten und den Schutz der Minderheiten vollkommen zu sichern, soll der Völkerbundsrat erachtet werden, eine fähige Kommission zu er-

Der Landarbeiterausstand im Mansfelder Kreis.

Mansfeld, 13. September. Im Mansfelder Lande ist der frühere Gauleiter des freien Landarbeiterverbandes in Volkenrode wieder aufgetaucht und hat in Volkenrode eine Versammlung eröffnet, in der er zum Streit aufrief, teilweise unter der Parole, daß der Arbeitgeberverband und der deutsche Landarbeiterverband den freien Landarbeiterverband nicht anerkennen wolle. Sein Auftreten hat einen Teleskop gezeigt, indem die Landarbeiter der südlichen Harzgäste, soweit sie im freien Landarbeiterverband organisiert sind, allgemein in den Ausstand traten und sogar die Postlandarbeiter verweigerten. Völlig eingestellt ist die Arbeit in Uelzingerode, Harzcode, Welschesleben, Barbed und Sponberg. Die landwirtschaftliche Not hilfe ist bereits eingesetzt worden.

Der Generalsstreik in Lille.

Paris, 13. September. Wie die Morgenblätter melden, ist der Generalstreik in der Gegend von Lille ziemlich allgemein durchgeführt worden. Die Zahl der Ausständigen wird auf 75 000 geschätzt. Auch die Straßenbahnen haben im Laufe des gestrigen Tages den Betrieb eingestellt. Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten, die ruhig verlaufen sind. Der Arbeitsminister empfing gestern Vertreter der industriellen Verbände, wobei diese dem Minister die wirtschaftliche Lage auseinandersetzen, die es ihnen nicht erlaube, die Lohnerhöhung von 20 Centimes rückgängig zu machen. Die Unterredung hatte also keinerlei Ergebnis. Der Minister hat für morgen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu sich geladen, um nochmals einen Verhandlungsaustausch zu machen. Das Streikkomitee hat im Laufe des gestrigen Tages den Arbeitern bestimmter lebenswichtiger Betriebe die Wideraufnahme des Arbeit gefordert.

Der bayerische Konflikt.

Der Konflikt zwischen Berlin und München aus Anlaß der Reichschauforderung hat zu einer bayrischen Kabinettsschaffung geführt, und die Einigung, die nun zuhause kommt, besitzt den Rücktritt des ganzen Kabinetts. Hierbei ist von besonderer Bedeutung der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Rabe. Man hat von ihm im nicht-bayerischen Deutschland nicht allzuviel gehört und gesehen, obwohl er anderthalb Jahre in seinem Amt gesessen hat. Die Sorgen des Reiches und der anderen Freistaaten sind eben in diesen Zeiten so groß, daß sich der Nachbar nicht um den Nachbar kümmert. Man wußte vom Hrn. v. Rabe eigentlich nur Ungünstiges. Man erzählte sich, er sei das Gegenteil eines Politikers. Seine Ministerchaft habe eine bedeutende Ahnslichkeit mit der Kanzlerschaft des Hrn. Michaelis, der ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, aber den besonderen Anforderungen eines führenden politischen Postens nicht gewachsen sei. Dazu kam, daß Hrn. v. Rabe durch die Voge des Kapitalistischen an den Iden des März 1920 auf den Ministerposten gehoben wurde. Der jetzige Münchner Ministerpräsident Böhmer erschien damals mit mehreren Adjutanten bei Rabe und eröffnete ihm, daß der Augenblick gekommen sei, die Republik zu kündigen und die Monarchie auszutauschen. Böhmer hatte sich gerade Hrn. v. Rabe herausgezogen, weil dieser ein guter Freund von ihm und Kollege in verschiedenen Staatsämtern gewesen war. Rabe tat zwar den Herren von der Königspartei den Gefallen nicht, aber er, der eingehandeltermaßen sich bis dahin nicht im mindesten um Politik gekümmert hatte, bezog den verantwortlichen Posten des Ministerpräsidenten mit dem Stoßausdruck: In Gottes Namen! Das fand nicht nach großer Selbstzufriedenheit. Tatsächlich ist es Hrn. v. Rabe nicht gelungen, die Kräfte einer wahren Volksmehrheit zur politischen Mitarbeit heranzutragen, sondern er blieb während seiner ganzen Amtszeit fast durchweg unter dem einsetzenden Einfluß derjenigen Kreise, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht hatten. Sein Regierungsbund wendete sich immer deutlicher gegen die Linke und gegen die Partei, die im Reiche Regierungspartei ist, und das mußte bei jeder Gelegenheit zum Konflikt mit Berlin führen. So bei der Frage der Entmischung, so bei dem neuen Schutz der Republik. Es ist im Reiche viel unangenehm aufzufallen, daß sich weite Kreise der bayerischen Demokratie dem Widerstand der Regierung Rabe gegen Berlin anschlossen haben. Ganz zweitens aber muß man anerkennen, daß die Bayern in vieler Hinsicht Grund haben, über die Zustände im Reiche und besonders in Preußen nicht gerade erstaunt zu sein. Über Bayern ist die Welle des Kommunismus und des Terrors hinweggegangen; es ist gewissermaßen ähnlich wie Ungarn gegen den Bolschewismus geimpft. Als gebrochtes Kind scheut es das Feuer. Nichtsdestotrotz bildet es auf die verschiedenen Ansiedlungsherde im übrigen Deutschland, gegen die sich zu schützen jedem bayerischen Bauer und Bürger als gutes Recht erscheint. So kommt es eben auch zu der peinlichen Auseinandersetzung mit Berlin über die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustands. Man muß es trop aller Einseitigkeiten Hrn. v. Rabe zuschreiben, daß er vom ersten Augenblick seiner Amtsführung an sein Festhalten an der Einheit des Reiches betonte und den föderalistischen Aufbau des neuen Deutschland nicht im Sinne eines engerzigen Patriotismus verstanden wissen wollte. Sein Programm war, eine Reichspolitik zu unterstützen, welche die Einheit und den neuen Aufbau des Reiches unter Anerkennung und sozialer Wahrung der Lebensnotwendigkeiten der Länder erreichet und ferner, die Verhältnisse in Bayern zum Wohl des Reiches als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Strömungen zu schützen. Nicht an diesem Programm, sondern an Parteischwierigkeiten ist die Meinungsähnlichkeit des Hrn. v. Rabe gescheitert.

Die gegenwärtige Lage des Völkerbundes.

Genf, 12. September. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag in der Sitzung der Völkerbundssversammlung eine große Rede über die gegenwärtige Lage des Völkerbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft gebe. Er bestreit, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerbund schade, der sich nur beglückwünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde, wie hier. Er sprach dann kurz über die österreichische Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerbundes sei. Man sieht, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine feindseligkeitsfreie Meinungsverschiedenheit hätten, daß Urteil des Völkerbundes anstreben.

Die Abrüstungskonferenz.

Washington, 13. September. Die französische Botschaft teilt mit, sie habe eine amtliche Mitteilung erhalten, nach der sich Briand an der Spitze der französischen Delegation für die Abrüstungskonferenz befinden werde.

Die Antwort des irischen Parlaments.

London, 12. September. Die Antwort des irischen Parlaments an den britischen Premierminister ist heute abgefaßt worden.

Eine Verschwörung in Konstantinopel.

London, 12. September. Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel haben die dortigen Behörden Beweismaterial für eine Verschwörung aufgefunden, die von Angora aus organisiert und unterstützt worden sein soll und das Ziel verfolgte, eine Revolution in Konstantinopel herzovorzuwerfen.

Die Sowjetregierung und die Hilfe für Rußland.

Paris, 13. September. Wie die Morgenblätter melden, hat die Sowjetregierung funksäntigraphisch ihre Antwort auf die Note des internationalen Hilfskomitees für Rußland wiederholt. Das Dokument ist ebenfalls verworfen und verstimmt. Aber die Ablehnung der Bolschewiken, eine Studienkommission nach Rußland zu lassen, ist darin klar formuliert. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß das internationale Hilfskomitee sich in den nächsten Tagen aufzulösen wird.

Kriegszustand in Böhmen.

Paris, 13. September. Wie die Morgenblätter melden, hat die Sowjetregierung in Böhmen zum Wohl des Reiches als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Strömungen zu schützen. Nicht an diesem Programm, sondern an Parteischwierigkeiten ist die Meinungsähnlichkeit des Hrn. v. Rabe gescheitert.

Es lag nicht in der Macht der Reichsregierung, den Rücktritt des Kabinetts Rabe zu verhindern, denn die bayrischen Vertreter bei den Verhandlungen in Berlin haben das Kompromiß funktioniert und sich auch dem bayrischen Landtag gegenüber für das Kompromiß eingesetzt. Die Reichsregierung wird sich der Pflicht nicht entziehen können, sonst die bayrischen Wünsche mehr zu berücksichtigen, wenn nicht die Parte

Niederschlagsmung immer größer werden und eines Tages zur Möglichkeit der Abspaltung Bayerns vom Reiche führen soll. Das bayerische Zentrum nimmt durchaus nicht eine vermittelnde Haltung ein, ist nicht in der Lage, infolge enger Verbindung mit dem Zentrum des Reiches einen Einfluss darauf auszuüben, daß in bezug hierauf alle Gesetze bestätigt werden können. Im Augenblick weiß man, daß das bayerische Zentrum sich in der bisherigen Koalition wohl fühlt und mit dem Zentrum im Reiche durchaus keine feindschaftlichen Verbindungen unterhält. Die Entwicklung im bayrischen Zentrum ist es gerade, welche die bayerische Politik bisher unterstützt hat, und sie neigt auch nicht dazu, etwa in Bayern eine Koalition zu schaffen, wie sie im Reiche besteht.

Noch läßt sich der Ausgang der Krise im einzelnen nicht übersehen. Es liegt kein Grund vor, etwa an eine Besiegung des bisherigen Systems zu glauben und an eine Sicherung, die dem Reiche eine stärkere Einheit und inneren Frieden bringt. Auch hier gehören Männer an erste Stelle, die das gelöste Band zwischen Bayern und dem Reiche wieder fest zu knüpfen wissen und es verstehen, die augenblickliche Lage so zu gestalten, daß sie nicht in Bayern zu einer Radikalisierung noch rechts drängt, aus der dem Reiche ungewollte Schwierigkeiten erwachsen könnten.

Polen übernimmt den Schutz der im Ausland weilenden Danziger.

Berlin, 12. September. Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt amtlich mit: Auf Grund des zwischen der Republik Polen und der freien Stadt Danzig geschlossenen Vertrages vom 9. November 1920 übernehmen die Gesandtschaften und Konsulate der polnischen Republik den diplomatischen und konsularischen Schutz der im Ausland weilenden Angehörigen der freien Stadt Danzig in demselben Maße, wie dies für polnische Staatsangehörige geschieht.

Erzberger und die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 12. September. In der „Vossischen Zeitung“ berichtet ein Freund Erzbergers über die Äußerungen, die der Ermordete ihm kurz vor seinem Tode über die Frage gemacht habe, weshalb er die Waffenstillstandsverhandlungen gefügt habe. Erzberger habe dabei u. a. erklärt: Der folgenschwere Schritt ist mir durch meine Kollegen und den Prinzen Reg. von Baden während des Ministerrates aufgedrängt worden, in dem beschlossen wurde, die Verhandlungen aufzunehmen.

Wir waren durch die schwäbische Regierung bestimmt worden, daß unter keinen Umständen von der Entente mit Vertretern der Kaiserlichen Regierung oder Militärs der Obersten Heeresleitung verhandelt werden würde. Prinz Reg. sagte im Laufe der Sitzung: Erzberger, Sie müssen sich aufopfern, und die Aufgabe übernehmen. Ich antwortete: Das ich die französische Sprache nicht genug beherrsche und mich nicht geeignet fühle, diese große Verantwortung zu übernehmen. Darauf sagte General Görner: Es ist kein Angenommen zu versetzen. Sonst haben wir den Feind im Lande. In drei Tagen sind die Franzosen in Köln. Dann drängten mich Görner und Trümmer, indem sie sagten, sie seien zu alt für die Anstrengungen der Reise. Schweren Herzens gab ich nach. Ich hoffte auch, daß Marschall Foch auf Grund meiner Friedens-

resolution vom Juni 1917 entgegenkommen zeigen würde, was aber nicht der Fall war.

Die Beratung des Steuergesetzes.

Berlin, 12. September. Vorsitzender Edler v. Braun betont bei Eröffnung der Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Notwendigkeit, die Beratung des Steuergesetzes noch in dieser Woche zu Ende zu führen. Oberbürgermeister Mipfli erstattet Bericht über das Ergebnis der Ermittlungen, die infolge des Besuches von Vertretern der Abteilung I beim Reichslandtag angetreten wurden, um einen Protest gegen die Annahme des Ultimatums. Der Vorstand habe entschieden, daß ein solches Verhalten grundsätzlich zu missbilligen sei. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wird sodann Oberbürgermeister Mipfli als Vertreter der Abteilung III mit 197 von 207 Stimmen gewählt. Bei der hierauf folgenden Beratung der Steuergesetze werden die inzwischen gestellten Anträge mit der Beratung verbunden.

Zur Rentensteuer erstattet Schriftleiter Georg Bernhard den Bericht des Reparationsausschusses. Während die Regierung die Steuer für den Totalisator auf 16% und für Buchmacher auf 20 Proz. festsetzen will, beantragt der Ausschuß, sie für den Totalisator auf 20 und für Buchmacher auf 14 Proz. zu normieren. Ein Antrag v. Braun will die Steuer gleichmäßig für beide auf 20 Proz. festsetzen, da ein Rückgang des Totalisatorergebnis vermieden werden müsse. In der Abstimmung wird die Vorlage gemäß den Ausschussergebnissen angenommen. Die Totalisatorsteuer wird auf 20, die Buchmachersabgabe ebenfalls auf 20 Proz. gemäß dem Antrag Braun festgesetzt, der mit 107 gegen 96 Stimmen angenommen wird. Es folgt nunmehr die Generaldebatte zu den Steuergesetzen. Ein Antrag Dr. Berthold, der verlangt, daß sämtliche Steuern als ein einheitliches Gange verabschiedet werden sollten, wird angenommen. Oberbürgermeister Mipfli beantragt die Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Neuorganisation der Steuerbehörden dergestalt, daß die Organisationen der Länder, Gemeinden und anderer Selbstverwaltungsförder für Reichswespe zu machen seien. Der Antrag wird angenommen. Arbeitgebervertreter Dr. Henke beantragt, die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperhaften, soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, zu streichen. Der Antrag Henke wird an den Reparationsausschuß verwiesen.

Der deutsche Juristentag.

Bamberg, 12. September. In der ersten öffentlichen Sitzung des deutschen Juristentages wurde Prof. Dr. Zahl zum Vorsitzenden gewählt. Der Reichsjustizminister Dr. Schiffer führte u. a. aus: Die Richter müssen zwar die Dienste des Gejeges sein, aber nicht seine Slaven. Die Handhabung des Gnadenreichs darf nicht nur vom menschlichen Standpunkte aus erfolgen, sondern muß auch unter Berücksichtigung der Autorität des Staates gehandhabt werden. Einem Erfolg der rechtsgeschichtlichen Richter durch Laienrichter verwarf der Minister, hielt jedoch ein Zusammenspiel von Richtern und Laien für das Gebot der Stunde. Der Redner schloß seine Ausführungen, nachdem er dargelegt hatte, daß die wirtschaftliche Lage des Richterstandes mit Rücksicht auf die soziale Achtung nicht vergessen werden dürfe.

Bayern und das Reich.

Berlin, 12. September. Im Überwachungsausschuß des Reichstages leitete Abg. Dr. Behrendt

möglich ausgebildet, die untere über die obere Lippe vorstehend. Seine Gesichtsfarbe war braunlich, Haar und Bart dient bewohnt, schwartz und gekräuselt, der Ausdruck stets melancholisch und gedankenvoll. Aus diesen Angaben hat sich wohl die Gesichtsgeißel von den Frauen zu Romanno, die aus der dunklen Gesichtsfarbe und dem braunen Bart des Dichters erkannt wußten, daß er der Höhe und dem Brand der Hölle sich ausgesetzt habe. Boccaccio sagt auch noch nach der Erzählung von Dantes Reisen, Andrea Poggi, hingegen, er sei stets traurig gegangen; dies deziert sich zweifellos auf die durch das beständige Niederknien über die Bücher gekrümmte Haltung, ohne daß man ihm deshalb, wie geschehen ist, einen Budel zuschreiben braucht. Dante selbst spricht einmal von seinem blonden Haar; doch sagt er auch an einer Stelle des „Paradies“, in vorgestorbenem Alter habe sein Haar eine andere Farbe gehabt. Sehr viel hat man sich um Dantes Bart gestritten. Er deutet darauf selbst in einer Stelle des „Heiligenstaats“ hin, und die meisten Bezeugnisse berichten davon. Auf den Bildern aber ist er meistens bartlos dargestellt. Wenden wir uns nun diesen wichtigsten Zeugen für Dantes Aussehen, den zahllosen Bildern von ihm, zu, so können nur die im Betracht kommen, die von Zeitgenossen stammen. Wie wissen, daß Dante von zwei großen Meistern seiner Epoche, von Giotto und Toddeo Gaddi, gemalt worden ist, und das ungeheure Aussehen ist begreiflich, das durch die ganze Welt ging, als man an den aufgedruckten Fresken des Florentiner Bargello das Bildnis Dantes entdeckte. Letzter ist dieses kostbare Werk durch eine schlechte Restaurierung völlig verändert worden, und wir sind auf die Zeichnungen angewiesen, die vorher davon gemacht wurden, und von denen eine, die von Piero Faltoni, ein wichtiger Meister des Berliner Aufenthalts, zeigt.

Das Bargello-Bild zeigt den jungen Dante, den schwärmersischen Dichter,

der Sohn (Bohr, Bp.) die augenblickliche Lage der bayerischen Reichs. Ihr Ernst ergibt sich aus der Tatsache, daß die neuzeitlichen Münchner Forderungen von sämtlichen Parteien der bayerischen Koalition einschließlich der Mittelpartei (Deutschnationalen) gefeiert wurden, und daß ihnen selbst die Vertreter der Sozialdemokratie nicht widerprochen hätten. Der Fall habe gelehrt, daß die Hanabrahmung der Regierung durch die Reichsregierung in einer Weise politischer Erhöhlungen schwächer Art aufgelöst habe, die im vaterländischen Interesse vermieden werden müssten. Reichslandrat Dr. Wirth legte dar, daß die Fassung des § 4, wie die Herren aus Bayern sie nach München mitgebracht hätten, auf Anregung bayerischer Vertreter zurückgegebe. Sie lautet: Die Verbote und Beschlagnahmen werden von den Landeszentralbehörden und den von ihnen bestimmten Stellen aus eigener Einschätzung oder auf Eruchen des Reichsministers des Innern vorgenommen. Glauben die Landeszentralbehörden einem solchen Eruchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so haben sie dies spätestens am zweiten Tage nach dem Empfang des Eruchens dem Reichsminister des Innern mitzuteilen, der alsdann bestellt ist, die Anordnung selbst zu erlassen, deren Durchführung den Landeszentralbehörden obliegt. Das allgemeine Urtheil erklärte der Reichslandrat:

Offizielle Äußerungen der bayerischen Regierung, die insbesondere auch eine Sitzung des Ministrum bezeichnen können, liegen noch nicht vor. Er habe sich nur kurz mit dem bayerischen Gesetz befaßt und kann daher entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen eröffnen werden. Bissher sei ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht genannt worden. Es sei also ganz unmöglich, heute abschließend dem Vertrage der bayerischen Koalitionsparthei zu entsprechen. Gegenüber einem Bericht des Abg. Behre, daß er das Wort heute nicht gebraucht habe, bemerkte der Reichslandrat, daß er sich sofort dieses Wort notiert und sich gleich Gedacht habe, daß das wohl ein Irrtum sein möge. (Abg. Behre: Sicherlich!) Der Reichslandrat fuhr fort: Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Stahe ist eine neue politische Lage geschaffen worden. Zum Beispiel, daß die bayerischen Herren und erneut haben, wie die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß es und nur erwünscht sein kann, daß wir rasch in einer solche Ausprache mit den beauftragten Herren einzutreten können. Ich bin auch durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die leichten geführten Verhandlungen nicht unmöglich erscheint, zu einer annehmbaren Grundlage zu kommen. Der bayerische Gesandte v. Preyer erklärte: Nachdem am vorherigen Donnerstag allgemein die Rede davon war, daß § 4 von der Reichsregierung entgegenkommend geändert werden könnte, wurde von einer kleinen juristischen Kommission eine Fassung des § 4 vorgenommen, die in dem entscheidenden Schlußsatz folgendermaßen lautet: Glaubt die Landesbehörde, einem jüngeren Eruchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so kann sie spätestens am zweiten Tage nach dem Eruchen die Entscheidung des § 7 vorgelegten Ausschusses des Reichstages annehmen. Über die Formulierung hat dann die Reichsregierung Weitschuh gesetzt und am Nachmittag der bayerischen Vertretung erklärt, daß sie dieser Formulierung nicht zustimmen könne, jedoch folgende Fassung vorschläge: Die Verbote und Beschlagnahmen werden von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen beauftragten Stellen

auf eigene Einschätzung oder auf Eruchen des Reichsministers des Innern erfolgen. Die Landeszentralbehörden haben dem Eruchen zu entsprechen, indem sie die Entscheidung des nach § 7 zuständigen Ausschusses darüber annehmen, ob der Anwendung Rechnung zu tragen ist. Die bayerische Regierung erklärte ferner, daß ihr dieser Vorschlag des Reichsministers vollkommen unannehmbar erscheine. Darauf wurde noch einer Fassung nach, die der bayerischen Regierung und den bayerischen Koalitionsparthei erlediglich erschien. Es ist dann auf Anregung von Vertretern der bayerischen Regierung der Vorschlag gemacht worden, der in der letzten Fassung enthalten ist, die von den Koalitionsparthei nach München mitgenommen wurde. Die bayerischen Vertreter haben also nicht von vornherein diesen Vorschlag gemacht worden war.

Berat von Zeitungen.

Berlin, 12. September. Auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. v. M. ist vom Reichsminister des Innern das im Verlog von Richard Kunze in Berlin-Tiergarten erscheinende „Deutsche Volksblatt“ für die Zeit vom 10. bis 23. d. M. verboten worden.

Hannover, 12. September. Die „Wissenschaftliche Arbeiterzeitung“ ist wegen eines Artikels, in dem schwere Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis 19. d. M. verboten worden.

Aufland der Berliner Gas- und Elektrizitätsarbeiter.

Berlin, 12. September. Die bestandenen bei bayerischen Gas- und Elektrizitätswerken sind in den Aufland getreten, ohne die weitere Entscheidung über den sie betreffenden Schiedsstrafe des Schlichtungsausschusses abzuwarten. Die Arbeiter der Werke sind bereit, zu arbeiten, und haben auch schon solche Arbeiten übernommen, die geeignet sind, einen unmittelbar drohenden Schaden zu verhindern. Der Magistrat wird die Entscheidung des Reichsverkehrsministers herbeizuführen suchen. Außerdem ist er mit der Streitleitung in Verbindung getreten, um die Verleitung der Rostlandarbeiter sicherzustellen. Folge des Streits in den bayerischen Gas- und Elektrizitätswerken ist der Straßenbahnbau, namentlich im Innern der Stadt nahezu zum Stillstand. Nur die nicht von den bayerischen Elektro- und Gaswerken abhängigen Linien können den Betrieb aufrecht erhalten. Die Gasversorgung kommt laut „B. B. am Mittag“ noch beibehalten werden. Dagegen machen sich bereits Schwierigkeiten auf den Fernsprechämtern bemerkbar. Die Untergrundbahnen, die eine eigene Stromzentrale haben, sind von dem Streit nicht betroffen.

Berlin, 13. September. Der Aufland ist den Berliner Elektro- und Gaswerken ist beigelegt, die durch die Vereinfachungsverordnung des Reichsverkehrsministers, den Vorsitz bei den weiteren Tarifverhandlungen zu übernehmen, das Streitfeld erreicht ist.

Landarbeiteraufland im Kreise Mansfeld.

Berlin, 13. September. Die „Deutsche Tagesschau“ meldet aus Eisenberg, daß die Landarbeiter des Kreises Mansfeld in dem Aufland getreten sind, da die Arbeitgeber den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Landarbeiterverband abgelehnt haben.

8. Oktober 1921 eine Pädagogische Herbstwoche in Frankfurt a. O. Meldungen sind an den Lehrer Engler, Frankfurt a. O., Gründer Straße 27, zu richten. Ankunft erwartet Dr. Leibert Karl Berthold Frankfurt a. O., Friedrichstraße 5. Anfragen werden mit Auskunftsbüro erbeten. Wohnungssuchende von außerhalb wollen sich mittels Antwortkarte an den Lehrer Haberland, Frankfurt a. O., an der Seitenstraße 4, wenden.

Eine interessante Entdeckung teilt S. Remerth in Halle a. S. mit. Am Harvard-Observatorium machte man vor einiger Zeit die Beobachtung, daß in den Bahnenbewegungen des Neptun merkliche Abweichungen vorliegen. Dieser Planet verzögerte sich demzufolge in seinen Bewegungen, daß man annehmen muß, es sei der Anziehungskraft eines fremden, und bislang unbekannten Körpers unterworfen. Nach den Beobachtungen, die auf Grund dieser Abweichungen vorgenommen worden sind, sind Schläfe auf die Masse dieses hypothetischen transneptunischen Planeten sowie seinen Abstand von der Sonne gezogen worden. Hiernoch soll der Planet an Nähe unserer Erde ungefähr gleich sein. Es ist jedoch anzunehmen, daß sein Volumen größer ist, da er, wie alle äußeren Planeten, wahrscheinlich steifer ist als unsere Erde. Sein Abstand von der Sonne dürfte nahezu doppelt so groß sein, wie der des Neptun, d. h. mehr als 1000 Millionen geographische Meilen betragen. Die Lichtstärke der Sonne ist jedoch bis dahin so gering, daß es zweifelhaft erscheint, ob sie ausreicht, den Planeten derartig zu beleuchten, daß er mit unseren optischen Hilfsmitteln wahrnehmbar wird. „Vielleicht wird er nie wahrgenommen, sondern nur mit allerdings großer Genauigkeit erkannt werden.“ Die Radarketten von der Erde erinnern an die Erinnerung an die Entdeckung des Planeten Neptun selbst nach, die auf die gleiche Weise erfolgte. Es wurden in den Beobachtungen des im Jahre 1781 von Herschel entdeckten

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 13. September.

Wie sah Dante aus?

So wie die Werke eines großen Künstlers in ihrem Siegeslauf durch die Jahrhunderte immer höheren Glanz und größere Weite empfangen, so wird auch die ästhetische Ercheinung des Genius allmählich in eine erhobene, verklärte Sphäre gerückt. Dies ist besonders bei Dante der Fall gewesen, dessen Kopf heute zu den bekanntesten Bildnissen gehört, und in denen strengsten, düster-hohenwollenen Bügeln uns die ganze Größe seines „götlichen“ Gedichtes verkörpert scheint. Sah aber Dante wirklich so aus, wie sein Haupt uns heute überall entgegen schaut? Darauf läßt sich nur antworten, daß die Künstler Bronzebüste, nach der die meisten Dantes-Darstellungen geschaffen sind, erst aus dem 16. Jahrhundert stammt und ein selbständiges Kunstwerk ist, also uns über die eigentliche Ercheinung des Dichters nichts aussagen kann. Überhaupt ist das vollständige Dantebild nur ein Idealbild. Wollen wir und bei der Gestalt seines 600. Todestages die wahre Gestalt vorstellen, in welcher der große Florentiner auf Erden wandelte, so dürfen wir uns nur auf zeitgenössische Zeugnisse und Bilder verlassen. Dabei steht Dantes eigenes Gesichtsnis an erster Stelle. „Ich bin“, sagt er in seinem „Gedicht“, „in den Augen vieler verdächtig erschienen, die sich mich auf Grund meines Namens vielleicht anders gedacht hatten.“ Diese Stelle läßt sich nur so erklären, daß die ästhetische Ercheinung des Dichters nicht sehr beeindruckend war und daher diejenigen, die ihn zuerst erblickten, enttäuschten. Am ausführlichsten spricht über Dantes Äußere sein erster Biograph Boccaccio. Nach seiner Schilderung war der Dichter von mittlerer Statur und ging im Alter gebürtig. Sein Auftreten war würdevoll und ruhig; das Gesicht oval; er hatte eine Nase, die später aus der Erinnerung gemalt werden. Die

Die Besitzer des früheren Erzherzogs Friedrich von Österreich.

Paris, 12. September. Wie der "New York Herald" meint, hat ein Syndikat amerikanischer Finanzleute in Paris mit Vertretern des Erzherzogs Friedrich von Österreich ein Abkommen geschlossen, das auf die Erwerbung des großen Besitzes des Erzherzogs im Österreich, Südmähren, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei abzielt. Der Wert dieses Besitzes wird auf 200 Mill. Dollars geschätzt. Sie befinden sich gegenwärtig größtenteils unter Sequester.

Die Ereignisse in Westungarn.

Braga, 12. September. In einer vom Minister des Äußeren Dr. Beneš an die Botschafterkonferenz, die Regierungen der Großmächte sowie die rumänische und südmährische Regierung gerichtete Note über die Ereignisse in Westungarn versichert die tschechoslowakische Regierung, daß sie nicht ohne vollkommene Zustimmung des Botschafterkonferenz und der unmittelbar Beteiligten Unternehmen werde.

Rom, 12. September. Die von einigen Blättern vertretene Behauptung, die italienische Regierung habe beschlossen, Truppen nach Ungarn zu schicken, wenn die Zwischenfälle im Burgenland nicht recht gemäß den internationalen Verträgen beigelegt würden, entsteht nach einer amtlichen Erklärung jeder Grundlage.

Herabsetzung der Gütertarife auf den großen amerikanischen Eisenbahnen.

Paris, 12. September. Einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Washington zufolge hat die Eisenbahnverwaltung eine beträchtliche Herabsetzung der Gütertarife auf den großen amerikanischen Linien bekannt gegeben.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Das heute eingegangene 21. Stück des Sächsischen Gesetzesblattes enthält: Bdg. zur weiteren Ausübung des Ges., die Feuerbestattung betr., vom 30. Nov. 1920; Bdg. über die Feuerhöchstfossen-Behörden der Landes-Brandversicherungsanstalt; Bdg. über die Erweiterung des Strafbesuches des Gemeindevorstands in Schleswig, sowie Bdg. über die Aufhebung des § 9 der Ausführungsvorordnung vom 1. Juli 1921 zum Ges. über den Betrieb mit Gründäfern vom 20. Nov. 1920.

Lohnbewegung.

Dresden, 12. September. Wie die Abendblätter melden, hat sich der Ausschuss der Dresdner Metallarbeiter weiter ausgebreitet. Wie die Dresdner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mitteilt, ist die Arbeit beschäftigt in ein Betriebe eingestellt worden. Von 10 000 Beteiligten haben nur wenige genen den Ausschuss gestimmt. Die Notstandsarbeiten werden ebenfalls durchgeführt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten teilt und mit, daß in der Metallindustrie neue Gehaltsfälle abgeschlossen worden sind.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 13. September.

Vom Ressortamt wird uns geschrieben: Unsere baulichen Feuerstätten sind durch die Note der Zeit zu einem großen Teil in einen Zustand gekommen, der ihre Heizwirkung fast be-

einträchtigt. Schadhafte Feuer- und Altheilarten, ausgelöste Beschlußschriften, lose Türgeschlände, laufende Zugen in den Kochabwürden und Herdplatten, durchlöcherte Koch- und Wärmeplatte, unebene Ofenbeden, ausgebauten Heuerungen, zerbrochene Roste und schwelende Nachschieber vermehren den Kohlenbedarf, ohne daß eine ausreichende Erdwärmung erreicht wird. Es ist klar, daß sich bei den hohen Brennstoffpreisen die für die Instandhaltung der Ofen und Herde aufgewendeten Kosten lohnen. Besonders wichtig ist aber auch die regelmäßige Reinigung der Ofen und Herde von Ruß und Asche. Will man an Brennstoff sparen, so lasse man die Ofen mindestens einmal im Jahre reinigen; letzter dann, wenn sich die Notwendigkeit hierzu herauftut. Zeit vor Beginn der Heizperiode wäre die geeignete Zeit dazu. Haushalte, die ihre Ofen selbst lehren, müssen besonders darauf achten, daß die Vorsteine im Innern der Ofenloge wieder an die richtige Stelle gelegt werden. In der häuslichen Heizausstellung im Ausstellungsgesellschaft, Eingang Pennenstraße, kann sich jedermann an den dort ausgestellten Ofenmodellen, die das Innere der Ofen zeigen, über das Erforderliche unterrichten. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt geöffnet: Werktag von 10 bis 12 Uhr und 3 bis 7 Uhr, Sonntags von 10 bis 7 Uhr. Während der Konzerte und zwei Stunden vor ihrem Beginn ist der Eintritt zum Konzert zu bezahlen.

* Die Geschäftsstelle der Volkshochschule befindet sich jetzt Georgiplatz 5, I. Zimmer 30 (46. Volksschule). Fernsprech-Nr. 29109.

* Um den Besuchern der Grazer Messe die Reise zu erleichtern, werden beim österreichischen Konsulat in Dresden Reiselegitimationen ausgegeben. Das Konsulat erlässt auch alle sonstigen Ausfünfte über die Grazer Messe.

* Die Bezirks-Arbeitsgemeinschaft Dresden der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Sächsischen Militärvereins-Bundes veranstaltet morgen, Mittwoch, abends 1/2 Uhr eine Hinterbliebenenversammlung im Schlosskeller. — Donnerstag, den 15. d. M., abends 1/2 Uhr Jahreshauptversammlung der Kriegsbeschädigten im Keglerhaus, Ostallee 19.

* Die Ende dieses Monats fälligen Einscheine der Dresdner Stadtankleben sowie der Anleihen der vormaligen Straßenbahngesellschaften werden bereits vom 15. September d. J. ab bei der Stadtstelle III (Neues Rathaus, I. Obergeschloß) und bei den übrigen Einlösungsstellen eingelöst. Voraussetzung ist, daß der Eigentümer der eingelöschten Einscheine den Kassenstelle usw. ein Verzeichnis vorlegt, in dem die zu den Einscheinen gehörigen Wertpapiere unter Angabe des Nummerns, der Gattung und der üblichen Unterscheidungsmerkmale aufgeführt sind und das Bestätigungsmerkmal eines staatlichen Finnanzamtes verzeichen ist. Die bisher mit der Einlösung des Einscheines betrauten, auf den Einscheinen aufgedruckten Banken bleiben außerhalb nach wie vor als Einlösungsstellen bestehen. Der Vorlegung eines Wertpapierverzeichnisses bedarf es gegenüber diesen Banken nur dann nicht, wenn das ganze Wertpapier oder der Einscheinbogen mit dem Erneuerungsschein bei der Bank hinterlegt ist.

* Das Ressort der christlich-nationalen Gewerkschaften Dresden versendet eine Einladung zur Vollversammlung am Freitag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im Gemeindesaal der Frauenkirche, Dresden-K., Monstr. 4 (Hintergebäude) mit folgender Tagesordnung: General-Sekretär

Kaiser-König spricht über das Thema: Die christlichen Gewerkschaften und die Rot der Gegenwart". An der Aussprache werden sich u. a. mit beteiligen die Kollegen Voigt-Dresden, Bredemann-Berlin, Gierg-Chemnitz, Mittelklin-Bamberg.

* Die Ortsgruppe Dresden des Verein No. land, Verein zur Förderung des Stamms, Wappen- und Siegelskunde e. V., nimmt mit ihrer Versammlung morgen, Mittwoch, abends 1/2 Uhr, in Dresden-Reudnitz, Bahnhofswirtschaft, ihre Zusammenkunft im Winterhalbjahr 1921/22 wieder auf. Ein Vortrag findet diesmal nicht statt. Zweimaliges Verhandeln und Versprechen kommen möglicherweise wichtiger Dinge.

* Über Selbstverständnis durch Menschenkenntnis auf Rabindranath Tagore und Huys' Wegen hält gestern Dr. Dietrich May Schafe im Saale des Palmengartens einen Vortrag. Er ging aus von dem Siegeszug, den der indische Dichter und Philosoph Rabindranath Tagore durch Deutschland unternommen hat. Beiden sei dies übertrieben erschienen, und es frage sich, ob neue Wege gezeigt werden seien. Dies sei aber gewiß, daß der Inde auf ein tieles Schuh in der Seele des Europäers getroffen habe, über dem Materialismus, der unsere Zeit beherrscht hat, hinausfließen und in einer inneren Welt Ruhe und Seelenfrieden finden zu können. Tagore habe auf den Weg von der äußeren zur inneren Welt hingewiesen, nur in einer für Europa schwer verständlichen Weise. Aber diesen Weg habe ein Europäer gut und deutlich gezeigt, Karl Hauer. Der Redner gab nun einen Überblick über die Leute dieses im Jahre 1912 in Dresden verstorbenen autodidaktischen Forschers, der von Beruf eigentlich Kunstmaler war, aber starke Neigung zur Philosophie und Naturwissenschaft hatte. Sein grundlegendes Werk ist die „Welt- und Menschenkenntnis“. Er hinterließ in ihm die Grundlinien zu einer neuen Weltanschauung, die aus der Gedanken einer rationalen, aber materialistischen Menschheit hinaufführt in das Gebiet lebendigen Geistes und Erscheinens. Auch im Gebiete des rein Geistigen war er bestrebt, die Entwicklungsgesetze zu finden. Der Mittelpunkt für ihn ist der Mensch. Er gibt aber auch eine Weltformelehre. Nach ihm ist das Empfinden die Urenergie in der Welt. Alles Bestehende ist aus der Empfindungsbereiche der Materie hervorgegangen. Alles Leben ist aus der Liebe entstanden. Alle Liebe sucht sich zu ergänzen und über sich hinaus etwas Höheres zu schaffen. Liebe, Treue und Idealismus mit dem Glauben und dem Hoffen an das Gute und auf das Gute, sind die Entwicklungsförderer aller Dinge, durch sie schreitet alles aufsteigend vorwärts, ohne sie fällt alles in sich zusammen. Auf den Menschen angewendet, wird seine Lehre die Gesellschaft der Naturphilosophie und der Naturwissenschaften annehmen. Hauer unterscheidet beim Menschen drei Naturale oder Grundformen, das Ruhe- und Erholungs-, das Bewegungs- und das Empfindungsnotwendig. Den höchsten Typ findet er im harmonischen Naturphilosophie (Goethe, Leibniz, Kaiser Wilhelm I.). Der Redner gab eingehend Aufschluß über all diese Lehren, wie auf ihre ethische und praktische Anwendungsmöglichkeit zur Erzielung eines harmonischen Lebens hin und forderte noch Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden zur Beteiligung an einem Kursus zur weiteren Pflege der Hauerischen Lehre auf.

* Das Preßamt des Polizeipräsidiums teilt mit: Von der Einwohnerlichkeit wird über ungewöhnlich häufiges und lautestes Ausruhen vieler Straßen- und Plätze berichtet. Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt. — Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt. — Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der Niederdeutsche Bund zusammen mit der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeschrieben hatte, wurden verteilt an Paul Schurz für seine Komödie „Stratenmüt“ (2000 R.), Hermann Böddorf für seine Volkskomödie „De rode Kunterbod“ (2000 R.), Ludwig Hinrichsen für „Opa“ und Bruno Pehn für „Die Fischer um sin Hu“.

Die vergraben Spiegel wird die Mietstragödie der schönen Helena behandelt.

— Briefe für niederdeutsche Komödien, die der N

Um ihren die Einreise in das Abstimmungsgebiet zu ermöglichen, hat die interalliierte Kommission in Oppeln folgende Verfügung erlassen: Der Flüchtling richtet an den Kreiskontrolleur, in dessen Bereich sein Wohnort liegt, ein kurzes Schreiben, in dem er bittet, ihm die Rückkehr zu gestatten. Der Kreiskontrolleur überreicht darauf dem Flüchtling die Einreiseerlaubnis, auf Grund deren der Flüchtling die Grenzkontrolle passieren kann. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Visum des französischen Konsuls nicht erforderlich ist. Die Einreiseerlaubnis ist ausreichend.

Flugpost Hamburg—Magdeburg—Leipzig—Dresden.

Der Sächsische Gemeindebeamtenbund hält am 18. September in Dresden (Sächsische Ausstellungspalast) seine Bundeshauptversammlung ab. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: Sonntag, den 18. September 1921, vormittags 9 Uhr: 1. Eröffnung der Tagung durch den ersten Vorsitzenden. 2. Mitteilungen. 3. Geschäftsbericht des Bundesdirektors. 4. Richtsprechung der Bundesflossenrechnung 1920. 5. Die Neuordnung der Gemeindeverfassung, vergl. hierzu Gemeindebeamtengegesetz-Einführung §. 322. Fortsetzung nicht öffentlich! Es haben aber alle Bundesmitglieder, auch solche sie nicht als Abstimmungsvorsteher anwesend sind, Recht. 6. Beschlusssitzung wegen Gewährung von 1000 M. Sterbegeld an jedes Kreisgruppenmitglied aus Bundesmitteln. Bestimmungen vergl. §. 324. 7. Ermächtigung des Gesamtvorstandes zur Festsetzung der Bestimmungen über Gewährung von Reichsbau-, Stellenlosenunterstützung, Unterstützung Gemahngerechter und über die Gewährung von Sterbegeld. Belehrung über Antechnung der bei anderen Gewerkschaften verbrauchten Mitgliedsjahre auf im Bunde zu erfüllende Wartezeiten. Bestimmungen vergl. §. 324—327. 8. Änderung der Bestimmungen über die „Kriegshilfe“: in § 1 für 100 000 M. zu stehen „50 000 M.“. 9. Haushaltplan für 1922, vergl. §. 326. 10. Haushaltplan für 1922, vergl. §. 327 und Festsetzung des Bundesbeitrages und der Zahlungstermine für 1922. Hierzu Anträge:

a) Die Ortsgruppe Radebeul erachtet die für den Fonds zur Errichtung eines Erholungsheims eingesetzten 5000 M. für zu gering, um die Angelegenheit wesentlich zu fördern. Sie hält für erwidgerwert, eine Lotterie zu veranstalten; b) die Bezirksgruppe Borna-Radebeul beantragt, die für Errichtung eines Erholungsheims eingestellte Rente von 5000 M. zu streichen. Montag, den 19. September, vormittags 9 Uhr (nichtöffentliche) 11. Sitzungsänderungen, 12. Bundesprogramm, 13. Wahl des Rechnungsprüfers für 1922, 14. Erstaufnahmen zum Bundesvorstand, 15. Antrag a) des Bezirks Sachsen-Dresden Vertreternmännern der Bezirksfachgruppen aus Bundes- oder Bezirksmitteln Reise- und Tagesschilder zu gewähren, um ersten den Besuch der Fachgruppen-Hauptversammlungen zu ermöglichen; b) der Ortsgruppe Radebeul: Beschluss über die Verwendung der Mittel aus der Sammlung für Beamtenkinder und Beamtenreihungsheime der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes zu föhlen. 16. Wahl des Ortes der nächsten Bundeshauptversammlung (Döbeln).

Bundestag des Bundes Sächsischer Staatsbeamten.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten §. 8. vereinbart am 17. und 18. September seinen 3. Bundestag im Künstlerhaus, Dresden-Ulfplatz, Albrechtstraße, mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden. 2. Geschäftsbericht. Berichterstatter: Geschäftsführer Richter. 3. Demokratisierung der Verwaltung. Berichterstatter: Oberregierungsschreiber Leonhardt. 4. Grundprobleme der Verwaltungsumformung. Vortrag von Albert Falckenberg. 5. Der öffentlich-rechtliche Charakter des Beamtenverhältnisses und seine Folgerungen hieraus. Vortrag von Dr. Völker, Bundesdirektor des D. B. B. 6. Beleidungspolitik. Berichterstatter: Rechnungskontrollor Forchardt, Oberregierungsschreiber Müller. 7. Gewerkschaftlicher Aufbau der Beamtenorganisationen. Berichterstatter: Geschäftsführer Richter. 8. Der geschaffte Mitgliedsbeitrag. Bericht des Verwaltungsausschusses. 9. Erwahlung. 10. Anträge. 11. Sonstiges.

Uhrmacherverbandstag.

Chemnitz, 11. September. Der Landesverband der Uhrmacher im Freistaat Sachsen, der seinen Sitz in Zwickau hat, hielt gestern in Chemnitz seine Jahreshauptversammlung ab. Die Tagung begann mit einer Besichtigung der Uhrmacherschule in der sächsischen Hoch- und Fortbildungsschule. Von mittags 1 Uhr ab fand im Hotel „Germania“ die Hauptversammlung statt, die von dem Verbandsvorsitzenden Kretzner aus Zwickau geleitet wurde. Als Gäste waren u. a. anwesend die Vertreter des Landesausschusses für das sächsische Handwerk, der Gewerbeammer Chemnitz und des Chemnitzer Innungsausschusses. Der Vorsitzende eröffnete den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, der Verbandsausschuss den Kostenbericht. Dem Vorstand wurde Einladung erteilt. Man beschloß, unter Hinweis auf den Antrag des Stiftungsausschusses der Uhrmacherschule in Glogau, die Bezugnahme über den erfolgreichen Besuch der Uhrmacherschule den Geschäftsergebnissen gleichzustellen. Ferner beschloß man, der Uhrmacherschule, die mit einem jährlichen Gehalt von über 150 000 M. arbeitet, im Jahre 1920 eine Unterstützung von 2000 M. zugewiesen. Dabei erwartet man, daß die anderen deutschen Verbände die Schule ebenfalls nach Kräften unterstützen, damit auch der

Staat hessen eingreift. Der Antrag auf Anschluß des Landesverbandes an den Landeskreisamt für das sächsische Handwerk wurde einstimmig angenommen. Zu diesem Zwecke stelle man 2400 M. als Beitrag in den Haushaltplan ein. Der Haushaltplan fand dann mit großer Mehrheit Annahme. Ein Vortrag über „Zweck und Ziel des Verbandes“, gehalten vom Vorsitzenden, wurde sehr befürwortet. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Visum des französischen Konsuls nicht erforderlich ist. Die Einreiseerlaubnis ist ausreichend.

Flugpost Hamburg—Magdeburg—Leipzig—Dresden.

Infolge vielerlei Wünsche der beteiligten Bevölkerung ist der zur Leipziger Messe eingeführte Flugplan auf der Strecke Hamburg—Dresden auch nach der Messe bestehen geblieben. Abflug täglich Hamburg 1 nachm., ab Dresden 5,15 nachm. Zurück ab Dresden 12 nachm., ab Leipzig 1 nachm., ab Magdeburg 2,30 nachm., an Hamburg 4,30 nachm. Dieser Flugplan bietet in beiden Richtungen bequeme Gelegenheit, Antworten auf morgens empfangene Post noch am selben Tage den Empfängern zu übermitteln. In jedem Falle empfiehlt sich, daß die Auslieferer die Umlaufstellung verlangen und vorabbezahlen, um die Abtragung der Sendungen am Flugtag zu sichern.

Leipzig. Der Rückgang der Zahl der aus den Mitteln der Erwerbslosenhilfe unterstützten Personen, die im Mai eingezogen hat, hat sich im ganzen in verlässlichem Maße fortgesetzt. Die Zahl der laufend unterstützten Erwerbslosen hat von 7634 Personen im Monat durchschnitt des Juli auf 6312 Personen im August oder um nicht weniger als 17,3 Proz. abgenommen. Dagegen ist die an sich bemerkliche Zahl der Kurzarbeiter etwas gestiegen, von 3134 unterstützten Personen im Juli auf 3723 im August oder um 18,8 Proz. Insgeamt ist somit eine Abnahme von 733 Personen oder von 6,8 Proz. zu verzeichnen; 10 035 wöchentlich insgesamt unterstützte Personen im August gegen 10 768 im Juli.

Chemnitz. Die am 10. d. M. im Handwerker-Betriebshaus versammelten dienstlichen abhörmitteligen Beamten der Gesetzes-, Kriminal- und Wohlfahrtspolizei — etwa zwei Drittel des Bestandes — haben in ihrer Eigenschaft als Organe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, noch eingehender jede parteipolitische Stellungnahme vermeidend, Befreiung der in letzter Zeit in Chemnitz vorgekommenen Ereignisse und der darüber erschienenen Pressemeldungen, welche die Schuhstage berührten und sich mit der Person des Leiters des Polizeiamtes beschäftigen, nachstehende Entschließung gefasst:

Nach Kenntnahme und genauerer Prüfung der Vorlesungen vom 31. August d. J. ob betreffenden Alten und jüngsten Unterlagen sind die versammelten Beamten des Polizeiamtes der Stadt Chemnitz zu der Überzeugung gekommen, daß die von einigen hiesigen Tageszeitungen gesetzte Forderung, den Leiter des Polizeiamtes der Stadt Chemnitz wegen seiner unmittelbaren oder mittelbaren Schuld an der Erfüllung des Bauarbeiters Garrels seiner Stellung zu entheben, jeder tatsächlichen und rechtlichen Grundlage entbehre. Die Beamten stehen vielmehr auf dem Standpunkte, daß die von dem Leiter des Polizeiamtes getroffenen Maßnahmen verhältnismäßig und von dem Grundsatz getragen wären, daß die Polizei bei Ausübung ihres Dienstes und entsprechenden Maßnahmen über den Parteien zu stehen habe. Die Beamten erklärten deshalb einstimmig, daß sie sich in diesem Fall und auch in Zukunft sofern sich die vom Polizeiamt und von seinem Leiter getroffenen Maßnahmen mit den bestehenden Gesetzen und Verordnungen decken und der Erhaltung der Verfassung dienen, geschlossen hinter den Leiter des Polizeiamtes stellen. Die Beamten beauftragen die Öffentliche Beamtenausschüsse, diese Entschließung durch die Tageszeitungen zur allgemeinen Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.

Zwickau. Um den Posten des Gemeindevorstandes zu Stern in Zwickau sind über 80 Bewerbungen eingegangen.

W. Adorf i. S. Bürgermeister Dörr, der erst seit 1919 hier amtiert, wurde am Freitag durch nahezu einstimmigen Beschluß beider städtischen Kollegien (mit 17 gegen 2 Stimmen) auf Lebenszeit gewählt.

Schwartzenberg. Bei den gestrigen Stadtwahltagen erzielte die bürgerliche Liste 13 Mandate (bisher 13), die Mehrheitssozialdemokraten 7 (bisher 6) und die Kommunisten 6 (bisher 7) Mandate. Die Gruppen sind also nach wie vor gleich stark.

Aue. Unter harter Beteiligung aus dem ganzen Lande wurde in Aue die Tagung der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Evangelischen Gemeindetages abgehalten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die neue Kirchengemeindeordnung der sächsischen Landeskirche. Die bedeutendste Tagung fand aus in zwei Entschließungen. Die erste begrüßt freudig die neue Kirchengemeindeordnung und wünscht, daß die noch ausstehende Fortsetzung des Verfassungswertes unverzüglich in Angriff genommen und durchgeführt werde. Die zweite Entschließung enthält einen ernsten Ruf zu kirchlicher Einheit auf dem Boden des Evangeliums: nicht Besplittung, sondern Einheit des evangelischen Volkes sei die Lösung.

Wolkenstein. Der Stadtbaurat zu Wolkenstein hat beschlossen, ab 1. Oktober die Gewerbebefreiung um 25 Proz. zu erhöhen.

Deuben. Die Stadtoberordneten zu Deuben nahmen eine Lautstärkeneinschränkung in Höhe von 5 dB. für die Taxis und das Boot an und bewilligten

10 000 M. Bezeichnungsgeld zur Schaffung neuer Wasserzufüsse für die städtische Wasserleitung. Struppen (Sächs. Schweiz). Das Rittergut Neustruppen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1921 ab in den Besitz der Gemeinde Struppen übergegangen. Durch den Vereinigungsvertrag, der am 9. September vollzogen worden ist, vergrößert sich die Fläche des Gemeindebezirks um 71 ha 93 a. Die Grundsteuerinheiten erhöhen sich um 3002,92. Ferner steht auch die Unterzeichnung des Einverleibungsvertrages mit dem Rittergut Kleinstruppen mit vormaliger Soldatenkabine-Erziehungsanstalt bevor.

Tageschronik.

Berlin, 12. September. In einem großen Lager Speicher der Speditionsfirma Bräsch & Rothnelein brach gestern früh ein Großfeuer aus, dessen Wölkchen die Berliner Feuerwehr fast den ganzen Sonntag beschäftigte. Als Oberbrandinspektor Leubner und Brandmeister Roth mit zahlreichen Löschwagen an der Brandstelle eintrafen, stand der etwa 50 m lange Schuppen schon in hellen Flammen. Das Feuer schlug, von Vorräten an Wolle und Baumwolle aus dem Lager gesättigt, hoch und hoch empor. Durch häufige Löschversuche gelang es aber, die gefährdeten nachbarlichen Gebäude zu schützen. Der Lagerhafen ist samt dem Inhalt total niedergebrannt. Die Höhe war so groß, daß starke T-Träger schraubenartig verbogen sind und von einem vierstöckigen Nachbargebäude der gesamte Fuß heruntergefallen ist. Der Schaden lädt sich noch nicht annähernd feststellen. Die glimmenden Baumwollballen mühten sämtlich aneinandergetragen und eingelaufen werden. Daß in der Nähe liegende Kleiderfabrik blieb unversehrt.

Berlin, 12. September. Der Raubmord an der Wohnung Meiners in der Potsdamer Straße 100 hat trotz aller Nachforschungen der Kriminalpolizei noch keine Aufklärung finden können. Die Ermittlungen haben bisher ergeben, daß als Täter zweifellos der Mann in Frage kommt, der an zwei verschiedenen Tagen gesichtet worden ist, als er aus der Meinerschen Wohnung kam. Seidem ist der Gesuchte spurlos verschwunden. Wer über diesen Mann irgendwelche Angaben machen kann, wird unter Hinweis auf die hohe Belohnung erucht, sich bei Kriminalkommissar Kunze im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Kottbus, 12. September. Der Brunnenbauer Max Wolf aus Senftenberg, der vom Schwurgericht in Kottbus im Januar d. J. wegen Mordes an dem Fleischer Schäfer und dem

Hochstichter Hennig aus Schönberg zum Tode verurteilt wurde, ist erst jetzt in Kottbus erschien. Gestorben.

Godesberg, 12. September. Auf der Eisenbahnstrecke Godesberg—Remagen fuhr ein amerikanischer Straßenwagen gegen den Güterzug Dortmund—Frankfurt und wurde vollständig zerstört. Sämtliche sechs Insassen wurden getötet.

Paris, 12. September. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Ringtown hat ein bestiger Unwetter die Stadt Georgetown auf der Insel Tobago zerstört. Man meldet schweren Schaden. Auf Trinidad ist die Erde fast vollständig vernichtet worden.

Berlin, 12. September. Devisenkurse.		12.9.	12.8.	10.9.
		Gold	Gold	Gold
Geld...	100 Gulden	3366,66	3353,35	3221,75
Deutsch... mark...	100 Marken	1833,15	1641,05	1773,25
Schweden...	100 Kronen	2257,70	2252,90	2177,18
Spanien...	100 Pesetas	1398,60	1371,40	1320,56
England...	100 Pf. 100 Sh.	133,00	130,30	128,00
U.S.A. ... <td>100 Dollars</td> <td>1835,05</td> <td>1830,95</td> <td>1740,75</td>	100 Dollars	1835,05	1830,95	1740,75
Wien (Silber)	100 Kronen	10,53	10,57	10,00
Prag...	100 Kronen	127,10	127,40	122,85
Budapest...	100 Kronen	23,37	23,43	22,37
Spanien...	100 Pesetas	1408,55	1411,45	1313,00
Italien...	100 Lire...	761,70	763,30	736,25
London...	1 £ Sterling	449,55	460,45	437,05
Paris...	1 Fr. Franc	384,10	394,90	375,85
Wien (Silber)	1 Heller	106,30	105,50	102,90
Bulus...	100 Gulden	772,20	773,80	754,20

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme vom 13. September 7 Uhr früh.

Station	Temp. Anfang	Temp. gestern		Beschaffenheiten heute früh 7 Uhr
		Min.	Max.	
Dresden	11,0	10,8	19,4	8,0 11,8 halbdunk.
Leipzig	11,0	10,0	19,0	8,0 10,5 besser
Bautzen	20,3	8,7	17,8	5,3 11,0 halbdunk.
Görlitz	23,0	6,7	18,3	17,1 9,4
Wittenberg	24,0	10,8	16,7	6,3 11,4 wolkenlos
Wilsdruff	24,0	10,4	17,8	8,6 10,3 besser
Cottbus	23,1	9,9	17,5	8,4 9,0 halbdunk.
Wiesau	20,9	8,5	15,9	3,5 10,0 besser
Freiberg	20,6	11,0	15,8	14,3 9,3 besser
Görlitz	23,2	9,8	14,9	12,1 9,4 besser
Bad Elster	22,0	7,5	15,2	5,7 10,6 besser
Kunnersdorf	22,1	8,5	15,4	11,0 9,3 besser
Altenberg	24,1	8,0	13,2	11,8 9,5
Görlitzberg	21,3	5,1	8,8	15,0 4,4 schlecht

An der hiesigen Bürgerschule ist eine

Amtlicher Teil.

Mit Grund von § 5a der Bekanntmachung zum Ende der Miete vom 23. September 1918 in der Hoffnung der Reichsverordnung vom 22. Juni 1919 (RGBl. S. 591) und der Gesetz vom 11. Mai 1920 (RGBl. S. 949) und vom 11. Juli 1921 (RGBl. S. 933) wird mit Zustimmung des Reichsministeriums für die Gemeinden Erneuerung, Übernahm, Gebot bei Hainichen und Gassenstein angeordnet, daß die Vollstreckung von Räumungsurteilen und von Vergleichen der Mieteigentümern, soweit es sich um ermittelte Wohnungen handelt, nur mit Zustimmung des zuständigen Eingangsamtes zulässig ist. Die Zustimmung muß erteilt werden, wenn der Schuldner mit der Mietzahllaufschulterweise in Bezug oder für ihn ein anderes Unterkommen beschafft ist.

Dresden, am 13. September 1921.
Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt.

Dem Portugiesischen Konsul in Leipzig, Kommerzienrat Moritz Kraemer, ist namens des Reichs als Eguator erteilt worden. [4963] 752 b III B
Dresden, 12. Sept. 1921. Wirtschaftsministerium.

Offizielle Zustellung.

Die Fa. Deutsches Weingut Peter Vogt & So. in Trier — Prozeßbevollmächtigter: der Rechtsanwalt Gustav Heintz — klagt gegen den angeblichen Kaufmann Gustav Heintz alias Hans Möhlenbeck früher in Leipzig, Weststraße 73, jetzt unbekannter Aufenthaltsort, indem sie den unter dem 20. Mai 1921 mit dem Bellagten abgeschlossenen

7. Juni 1921 mit dem Untergabe anzuzeigen ansetzt, mit dem Antrage, zu erkennen:

1. Es wird festgestellt, daß dem Bellagten aus dem unter den Parteien unter dem 20. Mai 1921

aber 26 Lücken, gezeichnet T. M. 6861 bis 6886, enthaltend 1300 Flaschen Moselwein zum Kaufpreise von 25 741,25 M. abgeschlossene Kaufverträge zwischen Rechten zugeschlagen, die vornehmlich Rechte zwischen, insbesondere die vornehmlich Rechten mit Inhalt nicht Eigentum des Bellagten geworden, sondern Eigentum der Klägerin geliegen sind.

2. Der Bellagte hat einzuzwängen, daß die vornehmlich genannten Rechten samt Inhalt an die Klägerin ausgebändigt werden.

3. Der Bellagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Die Klägerin lädt den Bellagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 14. November des Landgerichts zu Leipzig auf den 5. November 1921, vormittags 9 Uhr mit der Aufsicht, daß durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Leipzig, den 9. September 1921. 4940
Zur Schriftscheide des Landgerichts.

Die im Grundbuche bisher noch nicht eingetragenen Wegeclaritäten des Flurbuchs für Maltitz, ob: Nr. 431a, gebildet aus Nr. 431, Nr. 432, 432a, 433, 433a, Nr. 434, gebildet aus Nr. 434, Nr. 436 und 437 fallen dem Mittergut Maltitz, Blatt 169 des Lehnshofgrundbuchs Bayreuth zugeteilt werden. Diejenigen, die das Eigentum an diesen Flurstücken, eine Beschränkung des Eigentümers in der Besitzung über diese Flurstücke, ein Voranspruch oder ein nicht in einer Grundstücksbartere bestehendes Recht an diesen Flurstücken in Anspruch nehmen, werden aufgefordert, ihre Rechte binnen drei Monaten und spätestens bis zur Verlautbarung der Aufzeichnung bei dem unterzeichneten Grundbuchamt anzumelden, widrigfalls sie nach der Aufzeichnung den öffentlichen Glauben des Grundbuchs gegen sich gelten zu lassen haben.

Bautzen, am 9. September 1921. 4944
Zur Amtsgericht als Lehnsitz.

Das auf den Namen des Bergverkunternehmers Karl Friedrich Thiele in Lichtenberg auf Blatt 121 des Grundbuchs für Sodisdorf eingetragene verliche Bergbaurecht Bergmannsstraße 1, Grubensfeld in den Hüren Sodisdorf, Raundorf und Obercardorf, 169 Flächenheiten, das sich auf alle etwa im Grubensfeld liegenden verleibbaren metallischen Mineralien erstreckt, ist durch Entscheidung des Bergamts Friedberg vom 17. Juni 1921 dem Be richtigten rechtzeitig entzogen worden. Dies ist im 4./26. Juli 1921 im Grundbuche eingetragen worden.

Gemäß §§ 393, 391 des sächsischen allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 wird dies hiermit öffentlich bekanntgemacht mit dem Hinweise, daß binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung die Hypotheken-, Grundschuldb. und Rentenschuldb. glaubwürdig sowie jeder, der auf Grund eines vollständigen Titels die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Bergbaurechtigen herbeizuführen in der Lage ist, die Zwangsvollstreckung des Bergbaurechts beantragen können (§ 392 des sächsischen Berggesetzes).

Wird innerhalb der Frist die Zwangsvollstreckung nicht beantragt oder führt die Vollstreckung mangels eines wirksamen Gebots nicht zum Erfolg, so erlischt das Bergbaurecht. 4945
Tippelsbörde, den 8. September 1921.
Zur Amtsgericht, Grundbuchsamt.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 16660 die Gesellschaft Erich Reimann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgend eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Großhandel mit Fahrrädern und Fahrradteilen, Pneumatis., Kleinbeleuchtung, Rähmaschinen und einschlägigen Artikeln, insbesondere der Betrieb des zu Dresden unter der Firma Erich Reimann bestehenden Handelsgeschäfts. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Der Betrag soll unbedingt auf zehn Jahre befristet bleiben, und zwar bis zum 31. Dezember 1931, also

soll jeder Gesellschafter berechtigt sein, den Betrag unter dem 30. Juni und 31. Dezember jedes Jahres mit halbjährlicher Rübung zu kündigen. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Erich Walter Bernd Reimann und Ernst Max Preuß, beide in Dresden. Sie dürfen die Gesellschaft nur gemeinsam oder ein jeder nur gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Gesamtprokura ist erteilt den Kaufleuten Arthur Schödel und Kurt Goethe, beide in Dresden. Sie dürfen die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem der Geschäftsführer vertreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Gesellschafter Reimann bringt als seine Einlage die von ihm unter der Firma Erich Reimann zu Dresden betriebene Fahrzeughandlung mit Aktiven und Passiven nach dem Stand vom 31. August 1921 dergestalt in die Gesellschaft ein, daß das Geschäft vom 1. September 1921 ab aus ihr die Rechnung geführt angesehen wird. Der Gesamtwert dieser Einlage wird nach Abzug der Passiven um 260 000 Mark festgestellt, womit die Stammeinlage des Herrn Reimann geleistet ist. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Geschäftsrat: Annenstraße 46. 4942
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 16658 die offene Handelsgesellschaft Hoffmann & Lüsenhoff in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Franz Johann Carl Hoffmann und August Wilhelm Johannes Lüsenhoff, beide in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Geschäftszweig: Fabrikation und Vertrieb von Sicherheitsdrähten für Verpackungsmittel, sowie der Handel mit allen Artikeln der Verpackungsmittel- und Sicherheitsverschlußbranche. Geschäftsrat: Villenstraße 19;

2. auf Blatt 16460, betr. die offene Handelsgesellschaft E. Beyer & So. in Dresden: Der Kaufmann Ernst Eugen Beyer ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Kaufmannswitwe Johanna Marie Thoma geb. Buschheit führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort. Die Bekanntmachung, daß Beyer und Frau verm. Thoma die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einander oder mit einem Prokuristen vertreten dürfen, hat sich erledigt. Die dem Ingenieur Hermann Seidel erteilte Prokura ist erloschen. Geschäftsrat: Auguststraße 2, II;

3. auf Blatt 16229, betr. die Gesellschaft Lunge, Vorde & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann August Hermann Theodor Janow in Dresden. Er ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem Geschäftsführer zu vertreten;

4. auf Blatt 15189, betr. die offene Handelsgesellschaft Lichtenau-Apparate-Gabriell & Scheiner & Co. in Dresden. Der Kaufmann Paul Richard Scheiner ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Buchhalter Otto Adolf Sonntag führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

5. auf Blatt 16018, betr. die offene Handelsgesellschaft Vereinigte Elektroteile H. Höschke & Co. in Dresden. Der Kaufmann Dr. Kaufmann Heribert Nothnagel ist in Gesamtprokura umgewandelt worden. Er ist berechtigt, die Gesellschaft gemeinsam mit einem anderen Prokuristen zu vertreten;

6. auf Blatt 13832, betr. die Kommanditgesellschaft Spezialfabrik elektrischer Steuerapparate Gebr. Enke & Co. in Dresden: In die Gesellschaft sind drei Kommanditisten eingetreten;

7. auf Blatt 16651 des Handelsregisters ist heute die Firma Lichtenau-Apparate-Gabriell & Scheiner & Co. in Dresden: Gesamtprokura ist erteilt den Kaufleuten Louis Roth, Arthur Seidel und Friedrich Joseph Mayer, beide in Dresden. Ein jeder von ihnen ist berechtigt, die Firma in Gemeinschaft mit dem Buchhalter Johann Heinrich Richard Mengel zu vertreten;

8. auf Blatt 13775, betr. die Firma Richard Göbel in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Arno Reinhold Alfred Reich;

9. auf Blatt 15470, betr. die Firma Sachsenische Papierrollen-Gabriel Jacob David in Dresden: Gesamtprokura ist erteilt den Kaufleuten Louis Roth, Arthur Seidel und Friedrich Joseph Mayer, beide in Dresden. Ein jeder von ihnen ist berechtigt, die Firma in Gemeinschaft mit dem Buchhalter Johann Heinrich Richard Mengel zu vertreten;

10. auf Blatt 16287, betr. die Firma Otto Bergmann in Dresden: Die Firma ist erloschen. 4962
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 12. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 16663 die Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht Zweigstelle in Dresden unter der Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht-Gesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft, eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. April 1917 und 14. Mai 1917 festgestellt und am 25. September 1920, 22. Dezember 1920 und 12. März 1921 abgeändert worden. An seine Stelle ist der am 24. Juni 1921 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag getreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsrat: Altengeleicht, 8.) 4941
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 16663 die Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht Zweigstelle in Dresden unter der Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht-Gesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft, eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. April 1917 und 14. Mai 1917 festgestellt und am 25. September 1920, 22. Dezember 1920 und 12. März 1921 abgeändert worden. An seine Stelle ist der am 24. Juni 1921 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag getreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsrat: Altengeleicht, 8.) 4941
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 16663 die Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht Zweigstelle in Dresden unter der Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht-Gesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft, eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. April 1917 und 14. Mai 1917 festgestellt und am 25. September 1920, 22. Dezember 1920 und 12. März 1921 abgeändert worden. An seine Stelle ist der am 24. Juni 1921 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag getreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsrat: Altengeleicht, 8.) 4941
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 16663 die Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht Zweigstelle in Dresden unter der Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht-Gesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft, eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. April 1917 und 14. Mai 1917 festgestellt und am 25. September 1920, 22. Dezember 1920 und 12. März 1921 abgeändert worden. An seine Stelle ist der am 24. Juni 1921 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag getreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsrat: Altengeleicht, 8.) 4941
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 16663 die Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht Zweigstelle in Dresden unter der Firma Lödigers Teplitz-Altengeleicht-Gesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft, eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. April 1917 und 14. Mai 1917 festgestellt und am 25. September 1920, 22. Dezember 1920 und 12. März 1921 abgeändert worden. An seine Stelle ist der am 24. Juni 1921 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag getreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsrat: Altengeleicht, 8.) 4941
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 10. September 1921.

oder von einem Vorstandsmitgliede gemeinschaftlich mit einem Prokuristen abgegeben werden. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen hinsichtlich der Vertretungsmacht ordentlichen Vorstandsmitgliedern gleich. Der Aufsichtsrat ist befugt, bei Vorstandseinstellung mehrerer Vorstandsmitglieder einen von ihnen die Befugnis zu verleihen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt die Kaufleute Gustav Bobb in Oederan, Karl Sittig in Oederan, Otto Scherf in Zwickau, Franz Dehler in Chemnitz, Werner Wehner in Glashütte und der Kaufmann Emil Max Preuß dagegen. Angegebenes Geschäftszweig: Handel mit Kolonialwaren und Delikatessen. 4960
Amtsgericht Klingenthal, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 152 eingetragen worden: Die Firma Max Arengel in Königsbrück. Inhaber ist der Kaufmann Emil Max Preuß dagegen. Angegebenes Geschäftszweig: Handel mit Kolonialwaren und Delikatessen. 4960
Amtsgericht Klingenthal, den 10. September 1921.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 152 eingetragen worden: Die Firma Max Arengel in Königsbrück. Inhaber ist der Kaufmann Emil Max Preuß dagegen. Angegebenes Geschäftszweig: Handel mit Kolonialwaren und Delikatessen. 4960
Amtsgericht Klingenthal, den 10. September 1921.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand (die Direktion) besteht nach den Bestimmungen des Aufsichtsrats aus einem oder mehreren Mitgliedern (Direktoren), welche am 7. Juni 1920 abgeschlossen und am 14. September 1920 und 28. Juni 1921 abgeändert worden. Der Gegenstand des Unternehmens ist die geschäftliche Betätigung auf buchgewerblichen und buchhändlerischen Gebiete, sei es durch Errichtung neuer selbständiger oder Übernahme bereits bestehender Unternehmungen oder Beteiligungen an solchen. Die Gesellschaft darf für bestehende Zwecke Grundkapital erneuen. Das Grundkapital beträgt drei Millionen Mark, in dreitausend Aktien zu je tausend Mark zerfallend. Alle die Gesellschaft verpflichtenden Erklärungen müssen a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, von diesem; oder von zwei Prokuristen, b) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, entweder von zwei Mitgliedern desselben oder von einem Mitglied und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt die Kaufleute Arthur Tiebel, Otto Roth und Hans Seidel, sämtlich in Leipzig.

Hierüber wird nach folgendes bekanntgegeben: Der Vorstand besteht je nach der Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Die Aufstellung, Rübung und Entlassung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Befreiung der Generalversammlung erfolgt unter Mitteilung der Tagessitzung durch einmalige Veröffentlichung im Reichsanzeiger. Sie tritt die Unterstiftung entweder des Aufsichtsrats oder des Vorstandes.

1. auf Blatt 16278, betr. die Gesellschaft Deutscher Film-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Gesellschaftsvertrag vom 21. Januar 1921 ist in § 6 durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 31. August 1921 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Der Kaufmann Helmut Bush ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Arno Paul Altmann in Dresden;

2. auf Blatt 16460, betr. die offene Handelsgesellschaft Kurt Böttner & So. in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Max Albert Kurt Böttner in Kötzsche und Hans Grumbach in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Geschäftszweig: Großhandel mit Installationsmaterial für Elektrotechnik, Walzwerkprodukte und Maschinen; Dresden-Albertstadt, Schuhhäuserne, Eingang Schimpfsstraße 2, II;

3. auf Blatt 16661: Die offene Handelsgesellschaft Kurt Böttner & So. in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Max Albert Kurt Böttner in Kötzsche und Hans Grumbach in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Geschäftszweig: Großhandel mit Installationsmaterial für Elektrotechnik, Walzwerkprodukte und Maschinen; Dresden-Albertstadt, Schuhhäuserne, Eingang Schimpfsstraße 2, II;

4. auf Blatt 16662: Die offene Handelsgesellschaft Deutscher Film-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Gesellschaftsvertrag vom 21. Januar 1921 ist in § 6 durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 31. August 1921 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Der Kaufmann Helmut Bush ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Arno Paul Altmann in Dresden;

5. auf Blatt 16663: Die offene Handelsgesellschaft Kurt Böttner & So. in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Max Albert Kurt Böttner in Kötzsche und Hans Grumbach in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Geschäftszweig: Großhandel mit Installationsmaterial für Elektrotechnik, Walzwerkprodukte und Maschinen; Dresden-Albertstadt, Schuhhäuserne, Eingang Schimpfsstraße 2, II;

6. auf Blatt 16664: Die offene Handelsgesellschaft Henrike Dorothea Reichel geb. Wolff-Röder in Leipzig, die Kaufmannschaft Elinor Clara Henrike Blohm geb. Hader in Dresden, der Kaufmann Kurt Scharf in Leipzig. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ehemaligen Aufsichtsrates sind: der Kommerzienrat Kurt Johannes Reichel in Leipzig, Frau Margarete von Schammer und Osten in

